



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/TV/202

28. Dezember 1949

Millionen Kinder werden nicht satt

.....  
Von Staatsminister Alfred Kubel

Es kann als allgemein anerkannt gelten, dass die derzeitigen Unterstützungssätze nicht mehr ausreichen, um den Lebensunterhalt ihrer Empfänger voll zu sichern. Das gilt sowohl für die Arbeitslosenfürsorgeunterstützung (Alfü) als auch für die eine Versicherungsleistung darstellende Arbeitslosenunterstützung (Alu). Das Gleiche trifft ferner für die Renten aus den Sozialversicherungen zu. Diese Sätze stehen in einem bestimmten Verhältnis zum früheren Lohn- oder Arbeitseinkommen des Empfangsberechtigten, fassend auf der richtigen Erkenntnis, ein vernünftiges Gefälle zwischen Arbeitseinkommen und Unterstützungen zu halten. Denn einmal hat der Arbeitende gegenüber dem Nichtarbeitenden einen grösseren Bedarf, zum anderen sollte auch vom Einkommen her ein Anreiz zur Arbeitsleistung gegeben werden.

Dabei muss allerdings einmal in aller Öffentlichkeit festgestellt werden, dass auf diese Art weitgehend längst gegen verbindliches Recht verstossen wird. Denn nach der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13.2.1924 haben die Träger der Fürsorge die öffentlich-rechtliche Pflicht, Hilfsbedürftigen den notwendigen Lebensbedarf zu gewähren. Heute aber reicht das Arbeitseinkommen breiter Schichten nicht mehr aus, den Lebensbedarf zu garantieren, geschweige denn das vom früheren Arbeitseinkommen beeinflusste Unterstützungseinkommen. Mit einer von vielen Faktoren befürworteten Hebung des Realloohniveaus, beispielsweise durch Preissenkung, würden selbstverständlich die Unterstützungsempfänger gleichfalls in eine bessere Lage versetzt werden. Wirklich befriedigende Verhältnisse zwischen Arbeitseinkommen und Unterstützungssätzen werden damit aber nicht

geschaffen. Ja, es würde auch kein organischer Aufbau der verschiedenen Unterstützungsarten untereinander dadurch geschaffen. Das

liegt vor allem daran, dass die öffentliche Fürsorge Rücksicht auf die Kopfzahl der Familien bzw. überhaupt auf den Familienstand

nimmt, während Löhne und auch Gehälter unabhängig davon als Entgelt für eine Arbeitsleistung betrachtet werden. Ebenso wird die Alu ohne

Berücksichtigung des Familienstandes geleistet, sie wird nach dem (Leistungs-) Lohn berechnet, den der Arbeitslose von seinem letzten

Arbeitgeber ausgezahlt erhalten hat. Bei Alu - und Alfü-Empfängern muss infolgedessen die öffentliche Fürsorge in steigendem Masse zu-

sätzlich einspringen, wenn bei grösseren Familien die Unterstützungssätze unter den entsprechenden Richtsätzen zuzüglich der Mieten

bleiben.

Die verschiedenen Unterstützungsformen sind historisch erklärbar. Man kann sie nicht dadurch aus der Welt schaffen, dass man sich

zu dem einen oder anderen Prinzip bekennt, sondern nur durch Vorwärtsschreiten zum Versorgungsprinzip. Dieses Versorgungsprinzip

aber ist nur möglich, wenn das Sozialprodukt und seine Verwendung geplant werden.

Eine Reihe von Industrie-Staaten hat die Kinderbeihilfe auf die breitesten Schultern (Steuern) genommen, so dass das Lohnkonto

der einzelnen Industrien dadurch nicht mehr so stark belastet ist. Wir müssen in Deutschland den gleichen Weg gehen, falls wir nicht

konkurrenz-mässig unterliegen wollen.

Da über jede Unterstützungsleistung hinaus ein Anreiz zur Arbeit bestehen bleiben muss, kann diese Änderung nur in einer klareren

Entwicklung unserer Sozialhilfe liegen. Das bedeutet, dass auch die Höhe des Arbeitsinkommens durch den Familienstand mitbestimmt sein

sollte. Der Lohn wird sich bei dem scharfen Konkurrenzkampf immer stärker nach dem Leistungsprinzip ausrichten. Der Leistungslohn muss

deshalb durch Kinderbeihilfen, die aus Steuermitteln gezahlt werden, ergänzt werden.

Die heutige Regelung der Einkommen- und Lohnsteuerverhältnisse entspricht diesem Prinzip nicht, im Gegenteil, sie ist als ungewöhnlich unsozial zu bezeichnen.

Ein kinderloses Ehepaar z.B. zahlt bei 24 000.--DM Jahresin-

P/IV/202

- 3 -

28.12.1949

kommen 11.364.--DM Einkommensteuer. -- Ein Ehepaar mit einem Kinde bei gleichem Einkommen zahlt dagegen 10.968.--DM Einkommensteuer.

In diesem Falle beträgt die "Kinderbeihilfe" 396.--DM.

Ein kinderloses Arbeitercheapaar zahlt bei 2.400.--DM Jahreseinkommen 76.80 DM Lohnsteuer. Die Kinderermässigung würde in seinem Falle bei einem Kind nur 28.20 DM (im Jahr) betragen.

Diese unsoziale Staffelung zu beseitigen, sollte als selbstverständliche Forderung anerkannt werden. Deshalb müssen zum Leistungs-

lohn Kinderbeihilfen treten. Sie müssen vom Staat aus allgemeinen Steuermitteln getragen werden, da sie bei einer Belastung des ein-

zelnen Unternehmers zur bevorzugten Beschäftigung lediger oder kinderloser und damit zu sehr unsozialen Wirkungen führen würde.

Diese Forderung ist keineswegs ungewöhnlich. Sie ist in 29 Ländern der Welt, darunter in den meisten europäischen Staaten, be-

reits erfüllt. In einem oder anderen Falle mag auch neben sozialen Erwägungen der Wunsch nach einer Steigerung der Geburtenzahl Pate

gestanden haben - ein Wunsch, der durchaus auch verständlich ist, wo etwa eine besonders ungünstige Altersschichtung droht.

Die Sozialpolitiker werden sich mit dieser Frage beschäftigen müssen. Sie zu lösen, dürfte eine durchaus vorrangige Aufgabe des

Deutschen Bundestages sein.

#### Grossmacht Presse in Schweden

RH Stockholm, Ende Dezember

Wenn eine Gesamtbevölkerung von knapp sieben Millionen Menschen in Schweden jeden Wochentag 3.856.700 Tageszeitungen konsumiert,

Blätter, deren Umfang auch wochentags bis zu 18 Seiten anschwellen kann, und deren Inhalt die ausgefallensten Leserwünsche befriedigt,

dann kann man sich vorstellen, welchen Einfluss diese Papierflut auf die Bildung der öffentlichen Meinung in diesem Lande hat. Die Auflagen-

zahl ist mit amerikanischem Tempo in die Höhe gegangen, nämlich binnen Jahresfrist um 622.000 Exemplare täglich; ein grosser Teil der

Zeitungen, insbesondere der grosstädtischen, hat sich auch durch reis-

nerische Aufmachung und rücksichtslose Sensationsjagd stark amerika-

ständig 1,55 Tageszeitungen.

Im politischen Leben des Landes spielt die Presse eine ganz eigenartige Rolle. Die 36 Tageszeitungen der Regierungspartei, der Sozialdemokraten, stellen nur ungefähr 17,4% der Gesamtauflage, obwohl die Partei bei den letzten Parlamentswahlen 46,2% aller Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Der grösste Teil der sozialdemokratischen Wähler liest demnach ständig die Blätter des politischen Gegners. Das wirkt sich in einer unverkennbaren Neigung zur Kritik an den Regierungsmassnahmen aus. Der reale Sinn der Schweden lässt sie jedoch am Wahltag doch nach den eigenen Lebenserfahrungen und nicht nach der Tonart ihrer Tageszeitung wählen.

Die umgekehrte Situation finden wir bei den Tageszeitungen, die der liberalen Folksparti nahestehen. Die 64 Tageszeitungen dieser Partei haben 49,4% der Gesamtauflage des Landes und doch konnte die Folksparti nur 22,1% der Wählerstimmen für sich buchen.

Die liberale Presse verfügt über die grössten Tageszeitungen des Landes, hat die ausführlichsten Lokalnachrichten und Bildreportagen und ihre Abendblätter überbieten alle anderen an reissender Aufmachung.

Die andere grosse Oppositionspartei, die konservative Högern, zählt die meisten Tageszeitungen, nämlich 84, reicht aber auflagenmässig bei weitem nicht an die liberale Presse heran. Mit 22,2% der Gesamtauflage zählt die Högerpresse zu ihren Lesern immerhin

ausserordentlich viele Nichtwähler, denn bei den letzten Reichstagswahlen wurde sie nur von 12,2% gewählt.

Die standesbetonte Bauernpartei (Böndeförbundet) - mit 19 Tageszeitungen, 4,3% der Gesamtauflage und 12,8% der Wählerstimmen - und die Kommunistische Partei - mit 3 Tageszeitungen, 1,6% der Gesamtauflage und 6,4% der Wählerstimmen - spielen in der Tagespresse

Schwedens keine Rolle. Ein grosser Teil der Bauernwähler, die an sich weniger Zeitungen kaufen, zieht dem kändlich begrenzten Ge-

sichtskreis der eigenen Parteipresse offensichtlich die besser aufgemachten Zeitungen der städtischen Bürgerpresse vor.

34 Tageszeitungen sind politisch farblos.

Die politischen Einflussmöglichkeiten der schwedischen Presse wären nur unvollständig dargestellt, wenn die zahlreichen Wochen-

schriften - insbesondere des liberal ausgerichteten grössten schwedischen Verlags (Bonniers) - und die Gewerkschafts- und Genossenschafts-  
 presse, welche im wesentlichen die sozialdemokratische Politik stützten, unerwähnt blieben. Die Gewerkschaftsblätter - Monats-, Halbmonats- und  
 Wochenzeitschriften - haben z.B. eine Gesamtauflage von beinahe 1.200.000 Stück. Die Wochenzeitschrift "Vi" der Genossenschaften hält von allen  
 Wochenblättern den Auflagenrekord.

-----  
Fanny Blatny gestorben  
 -----

Am 22. Dezember verstarb im Exil Fanny Blatny, ehemalige Vorsitzende der deutschen sozialdemokratischen Frauen in der Tschechoslowakei und langjähriges Mitglied des tschechoslowakischen Parlaments, genau 1/4 Jahr vor Vollendung ihres 77. Geburtstages. 1939, nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten in die Tschechoslowakei, musste sie das Land verlassen und lebte seitdem als politische Emigrantin in England. Trotz ihres Alters nahm sie auch dort an den Arbeiten der politischen Exilgruppen teil. Ihrem Einfluss und ihrer Persönlichkeit war es zu danken, dass es während des ganzen Krieges in England ein internationales sozialistisches Frauenkomitee gegeben hat, in dem alle Exilparteien mit Einschluss der deutschen und österreichischen Sozialistinnen in selbstverständlicher internationaler Solidarität und Kameradschaft zusammenarbeiteten.

Obwohl sie nach 1945 in ihre so sehr geliebte Heimat hätte zurückkehren können, lehnte sie es ab, trotz der Liebe und Achtung, die sie dem tschechischen Volk gegenüber empfand, in einem Land zu leben, aus dem ihre sudetendeutschen Genossen vertrieben worden waren.

Fanny Blatny gehörte zu jener Generation sozialistischer Vorkämpfer, von denen heute nur noch wenige am Leben sind und deren menschliche Lauterkeit und tiefe sozialistische Überzeugungstreue allen denen, die das Glück hatten, sie zu kennen, Vorbild und Mahnung für die eigene Arbeit bedeutet.

H.G.

Die SPD im 20. Jahrhundert  
von 1900 - 1950

-----

Th. Als in der Silvesternacht 1899 die Glocken das 20. Jahrhundert einläuteten, erfüllte ein rosiger Optimismus die Völker, das deutsche Volk nicht ausgenommen. Man stand am Ausklang der durch die Gründerzeit gekennzeichneten Epoche. Industrialisierung, Technisierung, Spätkapitalismus, Aufrüstung und der Imperialismus Wilhelms II. standen an der Wiege des Jahrhunderts, mit Pathos und echtem und unechtem Glanz die grossen sozialen Spannungen verdeckend.

Als die Partei August Bebels war die Sozialdemokratie in dieses Jahrhundert getreten; ein machtvoller Faktor mit einer 30jährigen, wechselvollen Geschichte im Kampf um einen Platz an der Sonne auch für die "Expropriierten". Die grosse Figur Bebels gab diesem Ringen das Gepräge. Um Einrichtungen, die heute Selbstverständlichkeiten sind, musste Stück für Stück gekämpft werden. Zwischen 17 und 35 Pfg. schwankten die Stundenlöhne, von einem gesetzlichen Urlaubsanspruch, Kündigungsschutz usw. war weit und breit nichts zu sehen. Ein besonders trübes Kapitel war die Wohnungsnot. Drei Viertel der Arbeiter hatten um die Jahrhundertwende nicht mehr als einen Wohnraum. In Berlin hausten 91 000 Menschen in Kellerwohnungen, in Hamburg waren es 43 000, in Breslau 15 000, in Altona 12 000.

Der unablässige Kampf der Sozialdemokratie hatte das Selbstbewusstsein der arbeitenden Massen ungeheuer gestärkt. Sie hatten begriffen, dass sie nicht mehr schutzlos und absolut ihrem Brotherren ausgeliefert waren, wenn sie zusammenhielten. Dieses Machtbewusstsein gab der SPD die Kraft, auch in der internationalen Politik ihre Stimme zu erheben. Auf dem Kongress in Basel im Jahre 1912 trat die sozialistische Internationale mit einer Riesendemonstration für die Erhaltung des Friedens ein. Aber die verhängnisvolle Propaganda der deutschen Wehr- und Flottenvereine und des Preussensbundes beschleunigten die Rüstungen in der Welt. Der Wahlsieg der SPD von 1912 (110 Abgeordnete) vermochte die Entwicklung nicht mehr zu hemmen. Noch einmal setzte sich August Bebel auf der internationalen parlamentarischen

Konferenz in Bern für die Aufrechterhaltung des Friedens ein. Im gleichen Jahre schloss er die Augen für immer. (13.8.1913). Die

deutsche und die internationale Sozialdemokratie hatten einen ihrer besten Führer verloren.

1914. Das österreichische Ultimatum an Serbien wegen der Ermordung des Thronfolgers vom 25. Juli 1914 bezeichnet der Vorstand

der SPD in schärfster Form als "frivole Kriegsproklamation" und löst lebhafte Demonstrationen gegen den Krieg in Deutschland und Frank-

reich aus. Aber der Krieg war nicht mehr aufzuhalten. So setzte sich die SPD während des Krieges für einen Versöhnungsfrieden ein und

wandte sich gegen jede Annexion. 1915 bereits bemüht sie sich, einen internationalen Kongress zustandezubringen mit dem Ziel eines bald-

igen Friedensschlusses. Im Februar 1916 fordert sie von der Regierung, ein Friedensangebot an die Entente zu erlassen. Unter ständigem

Drängen gibt die Regierung im Dezember 1916 das Friedensangebot heraus.

Im Januar 1918, nach dem berühmten Kohlrübenwinter, war die Radikalisierung der Massen soweit vorgeschritten, dass es zu einer Mas-

senstreikbewegung gegen die Gewaltpolitik der Regierung kam. An die Spitze dieser Bewegung traten Braun, Scheidemann, Ebert, Dittmann,

Haase und Ledebour. Massenverhaftungen und -Verurteilungen folgten, Tausende von Streikenden wanderten als "Vaterlandsverteidiger" an

die Front. Im Sommer 1918 verweigert die SPD die Zustimmung zum Haushaltsplan, wenige Wochen später bittet die Oberste Heeresleitung

um den Waffenstillstand. Ein morsch gewordenes System trat ab.

1919. Der Aufbau der demokratischen Republik begann mit den Wahlen zur Nationalversammlung. Aber die Arbeiterpartei hatte sich

während des Krieges gespalten. Der unglückselige Bruderkampf verhindert eine sozialdemokratische Mehrheit. Hier liegt die historische Schuld

der deutschen Kommunisten für alle Rückschläge, die die Weimarer Republik in den folgenden Jahren erlitt. Von den 421 Mandaten erhalten

die SPD und USPD insgesamt 185 Mandate. Mit Friedrich Ebert stand zum ersten Male in der deutschen Geschichte ein Arbeitersohn an der

Spitze des Reiches.

Ein Teil der sozialistischen Forderungen fand durch die Revo-

lution von 1918 seine Erfüllung: unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht, Koalitionsrecht für Beamte und Landarbeiter, Aufhebung der

Gesindeordnungen, gesetzlicher Achtstundentag, Einführung der Arbeitslosenversicherung, Schaffung von Betriebsräten, allgemeines, gleiches

direktes und geheimes Wahlrecht für Männer und Frauen in allen Freistaaten und im Reich.

1920. Der Kapp-Putsch fand ein rasches Ende. Zum ersten Male erwies sich die Waffe des Generalstreiks im politischen Kampf als brave-

bares Instrument. Aber immer wieder wird die Entwicklung gehemmt. Die Massen waren enttäuscht, dass die lang ersehnte Sozialisierung

nicht in der Verfassung verankert worden war. Die Aufzwingung des Versailler Diktats wirkte sich zugunsten der Rechtsparteien aus. Die

wirtschaftlichen Folgen des Krieges setzten ein. Erneut musste die SPD den Kampf um die sozialen Rechte der Arbeiterschaft und um die

politischen Errungenschaften, diesmal gegen die Diktaturbestrebungen von links und rechts aufnehmen: Spartakusaufstände in Thüringen, Sach-

sen und im Ruhrgebiet, Hitler-Putsch in München.

1925, im Februar, stirbt Ebert. Er ist ein Opfer massloser Hetze. An seiner Stelle wird der "kaisertreue Generalfeldmarschall" Hindenburg

zum Reichspräsidenten gewählt. Noch einmal schien es, als wolle die politische Vernunft und die kühle Überlegung Einkehr halten. Die

Reichstagswahlen von 1928 brachten der SPD einen erheblichen Stimmenzuwachs. Aber die "Weltwirtschaftskrise sorgte dafür, dass die Massen

immer mehr verelendeten und in den Radikalismus getrieben wurden.

1933. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit war erreicht. Eine Kabinettskrise hatte die andere abgelöst. Hindenburg übertrug Hitler die

Kanzlerschaft. Der Reichstag wurde aufgelöst. Am 28. Februar 1933 ging das Reichstagsgebäude in Flammen auf und am 24. März 1933 wurde dem

Reichstag das Ermächtigungsgesetz vorgelegt. Es hatte verfassungsändernden Charakter und bedurfte der 2/3 Mehrheit. Allen Terrormass-

nahmen zum Trotz stimmte die SPD gegen dieses Gesetz. Alle übrigen Parteien sprachen sich ohne Bedenken dafür aus. Mit dieser Zustim-

mung luden sie alle die moralische Verantwortung für die Schuld auf

sich, die dieses Ermächtigungsgesetz zur Folge hatte. Alle politischen Freiheiten, alle politischen Errungenschaften der Revolution von 1918

gingen verloren. Die Führer der SPD und grosse Teile der Mitgliedschaft büssten in Zuchthäusern und Konzentrationslagern Gesundheit und Leben ein.

Ein Teil des Parteivorstandes war ins Ausland gegangen und setzte von hier aus seine Arbeit fort. Innerhalb Deutschlands begann die illegale Tätigkeit. Wilhelm Leuschner, Dr. Julius Leber und viele andere gehörten zu den namhaftesten Sozialdemokraten, die ihren Kampf gegen das verhasste Regime mit dem Leben büssten.

Sofort nach dem Zusammenbruch stellten sich allerorts die früheren Mitglieder der SPD wieder zur Mitarbeit bereit. In Hannover wurde 1945 das Büro Schumacher gebildet. Von hier nahm der Wiederaufbau der SPD seinen Ausgang. Bereits 1946 fand in Hannover der erste

Parteitag nach dem zweiten Weltkriege statt, Dr. Schumacher wurde zum Vorsitzenden gewählt. Binnen kurzem wurde die SPD zur stärksten Partei Nachkriegsdeutschlands und ist es bis heute geblieben.

Während in den westlichen Zonen die SPD ungestört aufgebaut werden konnte, stiess die Arbeit in der Ostzone auf den Widerstand der sowjetischen Besatzungsmacht. Unter Protest der westlichen SPD kam es schliesslich zur Zwangsvereinigung mit der KP.

Gegenüber der Jahrhundertwende haben sich die taktischen Ziele des Kampfes der SPD und programmatische Einzelheiten verschoben. So ist z.B. der tägliche Kleinkampf in den Betrieben im wesentlichen auf die Gewerkschaften übergegangen, während das Flüchtlingsproblem, der Streit um das Wirtschaftssystem, um den Wiederaufbau, der Kampf gegen eine Bevormundung durch die Besatzungsmächte, um ein einheitliches Deutschland mit den Grenzen von 1937, um die Durchsetzung demokratischer Prinzipien usw. der Betätigung der SPD wesentlich stärker echte politische und aussenpolitische Akzente gibt. Geblieben ist der Anspruch der SPD, der politische Hort aller vom Schicksal Verfolgten zu sein, sei es in sozialer oder in politischer Hinsicht. Geblieben ist auch die Unerbittlichkeit, mit der die SPD, heute wie vor 50 Jahren, diesen Anspruch verteidigt und ihre Ziele verfolgt.